Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216 — Nummer 279/280

Bezugspreis: monatlich Mark 5000. — mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Briefträger entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadensersatz. — —

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 54 mm breite mm-Grundzeile 400 Mk. Kleine Anzeigen 200 Mk. Familienanzeigen 150 Mk. Die 3gespaltene 90 mm breite mm-Reklamezeile 1500 Mk. Rabatt nach Tarif, Erfüllungsort Halle-Saale

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 u. 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Dienstag, 19. Juni 1923

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von **Otto Thiele**, Halle-Saale

Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs im Ruhrgebiet

Der Güterverkehr ruht vollständig

Die Erdrosselung der Ruhrbevölkerung

(Eigener Drahtbericht.)

Hagen, 18. Juni.

Die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs hat bereits katastrophale Folgen gezeitigt. Im gesamten Gebiet trifft weder Post ein noch kann diese in größerem Umfange abgesandt werden. Der Güterverkehr ruht völlig. Schon gestern waren einzelne Orte und Städte ohne Milch. Die einzige noch bestehende Möglichkeit, aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet zu kommen, ist die Straßenbahn von Dortmund über Brakel nach Unna. Die Besatzungsbehörden haben aber auch hier den Verkehr erschwert. Der Straßenbahndirektion ist es untersagt worden, den Betrieb auf dieser Strecke in verstärktem Maße durchzuführen. Während man gestern diese Strecke noch in 1½ Stunde zurücklegen konnte, benötigte man hierzu heute schon drei Stunden.

Die Eisenbahner verharren im Widerstand

Hagen i. W., 18. Juni.

In einer Gaukonferenz der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wurde nach eingehender Besprechung über die neuesten Rechtsbrüche und das Blutvergießen durch die Besatzungsmächte eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß der aufgezwungene Kampf aus eigenem Antriebe aufgenommen wurde, weil freie deutsche Arbeiter sich nie einer fremden Gewaltherrschaft beugen und nie unter dem Druck feindlicher Bajonette arbeiten werden. Die Eisenbahner werden den passiven Widerstand nicht aufgeben, sondern für die Freiheit des deutschen Volkes und für die Erkämpfung der Menschenrechte den Kampf weiterführen.

126 Eisenbahnarbeiter ausgewiesen

(Eigener Drahtbericht.)

Münster, 18. Juni.

Die Lage im Einbruchsgebiet hat heute nach hier vorliegenden Nachrichten keine nennenswerte Veränderung erfahren. Die Bahnhöfe Gelsenkirchen und Schalke-Nord wurden gestern von den Franzosen besetzt. Der Zugverkehr aus dem besetzten Gebiet geht nur noch bis Dortmund. Von da ist ein Pendelverkehr nach Huer-Süd aufrechterhalten. In Walitrup ist der Postbetriebsassistent Wanderling von den Franzosen verhaftet worden. In Essen-Steele sind erneut Eisenbahnbeamte ausgewiesen worden. Damit erhöhe sich die Zahl der in den letzten Tagen ausgewiesenen Eisenbahner auf 126.

Frankreichs Kampf gegen die Ruhrhilfe

Münster, 18. Juni.

Auf dem Bahnhof Lünen beschlagnahmten die Franzosen am 16. Juni für die Stadt bestimmte Lebensmittel der Ruhr- und Auslandshilfe. In Dortmund und Langendreer sind französische Eisenbahner mit Familien eingetroffen, und haben teils in Schulen, teils in Hotels Quartier bezogen. Auf den Strecken Langendreer—Witten-West, Hagen—Vorhalle und Hagen—Herdecke haben die Franzosen Schienen ausgerissen. Die Bahnhöfe südlich der Ruhr und im Bezirk Hagen wurden am 16. Juni von den Franzosen geräumt.

Vom Kriegsgericht in Hattingen wurden am 13. Juni verurteilt: Amtsgerichtsrat Dr. Reininghaus wegen Befehlsverweigerung zu einem Jahr Gefängnis, 1 Million Mark Geldstrafe und Ausweisung, Justizobersekretär Wurm aus Hattingen wegen des gleichen Delikts zu der gleichen Strafe, Polizeibetriebsassistent Ackermann aus Königsteele ebenfalls wegen Verweigerung zu 10 Tagen Gefängnis.

Verhaftungen mit Hilfe von Tanks und Panzerwagen

(Eigener Drahtbericht.)

Gelsenkirchen, 18. Juni.

Die Franzosen besetzten gestern morgen das Blechwalzwerk Grillow, Funken u. Co. (Mannesmann) in Schalke und zwangen den Direktor Koen, zum Werk zu gehen. Die ganze Aktion erfolgte unter Aufgebot von Tanks, Panzerwagen und Maschinengewehren. Als Zweck stellte sich heraus, daß die Franzosen die Lieferung von Material erzwingen wollten, das von Firmen in Charleroi auf Grund des Lieferungsabkommens vor längerer Zeit bestellt wurde und wegen des Einbruchs natürlich nicht geliefert worden war. Die Franzosen hatten sich auch gleich Ingenieure mitgebracht und ein Arbeitskommando, das sofort mit der Arbeit des Verladens begann, da die deutschen Arbeiter und die Werksleitung die Hilfe ablehnten.

Kartoffeln ins Ruhrgebiet!

Wie mitgeteilt, ist im Ruhrgebiet bedenklicher Mangel an Nahrungsmitteln, vor allem an Kartoffeln, eingetreten. Wie weit französische Maßnahmen dazu beigetragen haben, und wie ihnen begegnet werden kann, ist eine Sache für sich. Jedenfalls aber ist es unbedingt erforderlich, daß **umgehend größere Kartoffelmengen nach dem Ruhrrevier geschafft werden.**

Alle Landwirte, die noch Kartoffeln abzugeben haben, werden deshalb im vaterländischen Interesse dringend gebeten, ihre Vorräte für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. In erster Linie empfiehlt sich direktes Angebot an **Konsumverein „Wohlfahrt", Essen-Altenessen,** oder **„Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine", Abteilung Düsseldorf.** Beide Stellen nehmen jede Menge von Kartoffeln an, um sie auf direktestem Wege den Verbrauchern im Ruhrgebiete zuzuführen.

Eile tut not! Jede Verzögerung kann gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen von gefährlichsten Folgen sein.

Theunis mit der Kabinettsbildung beauftragt

Brüssel, 18. Juni.

Der König hat Theunis mit der Kabinettsbildung beauftragt. Theunis hat sich Bedenkzeit erbeten.

Amerika für die Sachverständigen-Konferenz

London, 18. Juni.

Der „Manchester Guardian" meldet aus Washington die amerikanische Regierung habe wissen lassen, daß sie nach wie vor an dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes festhalte, die deutsche Reparationsfähigkeit durch Sachverständige bestimmen zu lassen. Amerika sei bereit, das Prinzip der Billigkeit auch auf die französischen Schulden an Amerika anzuwenden, wenn Frankreich die von Deutschland geschuldete Summe gleichfalls auf das von Billigkeit diktierte Maß herabsetze.

Massenausweisungen aus Polen

Schneidemühl, 18. Juni.

Das in Thorn erscheinende Blatt „Slomo Pomorski" setzt die Aufzählung der aus Pommerellen ausgewiesenen deutschen Reichsangehörigen fort. Demnach sind aus Stadt- und Landkreis Dirschau 22 weitere Personen ausgewiesen. Im Kreise Neustadt erhielten 4, im Kreise Tuchel 17, im Kreise Pr.-Stargard 5, Zempelburg 10, Putzig 3, Tczerk 4 und im Kreise Karthaus gleichfalls 4 Personen den Ausweisungsbefehl. Aus Vandsburg wurden die Diakonissinnen Gertrud Wittenberg, Marta Hermann, Marie Zimmermann, Marie Körschel und Elsa Schulze ausgewiesen. In Graudenz traf das Los weiterhin einen gewissen Walter Tietz, in Culmsee den Kaufmann Ludwig Alltag, im Kreise Mewe Elsa Sander und im Kreise Berent einen gewissen Robert Meyer mit Familie. Viele der Ausgewiesenen, auch in Thorn, hatten ihre Ausweisung bereits durch die Zeitungen erfahren, bevor ihnen der Befehl polizeilicherseits überbracht wurde.

Die englisch-russische Einigung

Paris, 18. Juni.

Der „Matin" erfährt aus London, daß man in dortigen Regierungskreisen den Sowjets die Absicht zutraut, bei dem englischen Kabinett um Anerkennung der Sowjetrepublik einzukommen. Die russische Regierung werde bei ihrem Versuch geltend machen, daß die strittigen Fragen, die den guten Beziehungen zwischen England und Rußland solange entgegenstanden, in befriedigender Weise durch den kürzlichen Notenaustausch zwischen dem Foreign Office und dem Moskauer Kommissar für Auswärtiges geregelt seien.

Die neuen Postgebühren

Ein Brief 300 Mark.

Berlin, 18. Juni.

Der Postausschuß des Reichstages hat eine Entschließung sämtlicher Parteien angenommen, nach der die Regierung bei der Erhöhung der Telegraphengebühren in der nächsten Vorlage auf die Not der Presse und die Erhaltung des Nachrichtendienstes für die Oeffentlichkeit gebührende Rücksicht nehmen soll. Ferner wurden die neuen In- und Auslandspostgebühren angenommen. Danach beträgt künftighin die Gebühr für einen Inlandsbrief 300 Mark. Die gleiche Erhöhung erfolgt für die übrigen Briefgebühren. Die niedrigen Gebührensätze für Postkarten mit nur 5 Grußworten werden aufgehoben. Der Mindestbetrag für Postanweisungen ist auf 500 000 Mark festgesetzt, die Gebühr für einen Auslandsbrief auf 800 Mark und dementsprechend für eine Auslandspostkarte auf 450 Mark und für die einfache Auslandsdrucksache auf 160 Mark. Als Grundgebühr für jedes Ferntelegramm sind 400 Mark festgesetzt, die Wortgebühr beträgt 200 Mark.

Dollar: Nachb. 160500 steig.

Der Krieg der Zukunft

Von

General der Infanterie **Dr. phil. H. v. Kuhl.**

Wer nicht an den ewigen Frieden und an die Völkerversöhnung glaubt — und es dürfte schwer sein, heute daran zu glauben —, wird sich nach den furchtbaren Erfahrungen des Weltkrieges wohl manchmal die Frage vorlegen, wie sich der Krieg der Zukunft gestalten wird. Jeder Krieg hat bisher große Ueberraschungen gebracht, so sorgfältig man auch die Erfahrungen vorhergegangener Feldzüge verwertet hatte. Wie verändert erschien uns im Weltkrieg das Bild des Krieges im Vergleich zu den ihrer ganzen Art nach weit hinter uns liegenden Feldzügen von 1866 und 1870/71! Läßt sich nach den Erfahrungen des Weltkrieges ahnen, wie der Zukunftskrieg sein wird? Manches läßt sich wohl mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen; meist sind wir aber auf Mutmaßungen angewiesen und müssen gewärtig sein, daß die Wirklichkeit gänzlich unerwartete Erscheinungen hervorbringen wird.

Eines ist aber sicher: so wie der Weltkrieg wird der nächste Krieg nicht sein. Daß nicht das Heer allein den Kampf zu bestehen hat, hat der Große Krieg bereits gezeigt. Nicht mehr zieht nur der Feldherr, wie in früheren Kriegen, mit dem Heere ins Feld mit dem Auftrag, den Feind zu schlagen, während die Heimat gespannt auf die Siegesbotschaft aus dem Felde wartet. Heimat und Heer bilden in Zukunft ein untrennbares Ganzes, der Krieg erfaßt das ganze Volk. Er hört auf, wenn die Widerstandskraft der einen Nation erlahmt. Keine Ermattungsstrategie wird den Gegner durch Manöver oder Teilschläge nachgiebig zu machen suchen, sondern der „absolute Krieg in seiner zerschmetternden Energie", von dem Clausewitz spricht, der Vernichtungskrieg, wird schonungslos herrschen. Nach wie vor ist der Krieg, wie Clausewitz sagt, „ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen". Aber dieses Ziel wird nicht mehr nur durch die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte erreicht. Der Luftkrieg der Zukunft richtet sich, wie in England und Frankreich ausgesprochen wird, gegen die Quellen der Kraft und Moral des Volkes und der Regierung. Wie man sich das Kriegsziel denkt, hat ein französischer Militärschriftsteller kürzlich unverblümt ausgesprochen: Der Krieg muß bis zum letzten Ende durchgekämpft werden. Der Sieger muß den Erfolg seines Sieges sicherstellen, indem er rücksichtslos die Hand auf alle Hilfsquellen des Gegners legt, um ihm die Kehle zuzuschnüren und ihm für möglichst lange Zeit das Blut zu entziehen. Das ist das Rezept, nach dem Frankreich schon jetzt verfährt.

Wenn in Zukunft die Kraft des ganzen Volkes und sein Wille, zu siegen, durchzuhalten und alle Leiden und Entbehrungen zu ertragen, entscheidet, so fordert es die Energie des Krieges auch, daß die gesamte Volkskraft von vornherein aufgeboten wird. Es genügt nicht mehr die Aufstellung der Streitkräfte und Streitmittel durch die militärische Mobilmachung, sondern die Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe und Nahrungsmittel, die Umstellung der gewerblichen und industriellen Tätigkeit und die Umgruppierung der Arbeitskräfte muß durch eine wirtschaftliche und industrielle Mobilmachung sorgsam vorbereitet werden.

Die charakteristischen Erscheinungen des Weltkrieges waren die Aufstellung von Millionenheeren und die außerordentliche Bedeutung der Technik. Wird auch der Krieg in Zukunft wieder mit Massenheeren geführt werden, oder wird die Technik, die Maschine, größere Bedeutung als die Zahl der Streiter erlangen? Ein Militärschriftsteller von anerkannter Bedeutung, General Freiherr von Freytag-Loringhoven, meint, wenn nicht alles täusche, bedeute der Weltkrieg das Ende der Kriegführung mit Massenheeren. Der Krieg werde in Zukunft andere Formen annehmen müssen, wenn unsere Kultur nicht zugrunde gehen solle. Auch von anderer Seite ist gesagt worden, daß voraussichtlich an Stelle des Volksheeres ein kleineres Berufsheer treten werde. Die vollständige Umwälzung der gesamten Kriegführung macht es unmöglich, das ganze wehrfähige Volk durch die Schule des Heeres gehen zu lassen. Nur der langdienende Berufssoldat sei imstande, die Verwendung der vielseitigen modernen Waffen zu beherrschen. Man hat an das Wort des geistreichen Feldmarschalls von der Goltz erinnert, daß vielleicht einmal die Zeit kommen werde, wo die Millionenheere der Gegenwart ihre Rolle ausgespielt hätten und ein neuer Alexander mit einer kleinen Schar trefflich gerüsteter und geübter Männer die kraftlos gewordenen Massen vor sich hertriebe.

Es sieht zurzeit in der Welt noch nicht so aus, als ob die Rücksicht auf die Kultur die Vernichtungsabsicht der sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306191-18/fragment/page=0001

bekämpfenden Gegner in einem zukünftigen Kriege beschränken würde. Frankreich steht bereit, um mit einer starken, im Frieden bestehenden Armee, mit Tanks, Kampfgas und Bombengeschwadern sofort über Deutschland herzufallen und durch die rücksichtsloseste Anwendung aller Kriegsmittel gegen das ganze Volk uns seinen Willen aufzuzwingen. Daneben hat es aber die Aufbietung des ganzen Volkes in Waffen und die wirtschaftliche und industrielle Mobilmachung des Landes vorbereitet, um auch einem größeren Waffengange, als es der Kampf gegen ein wehrloses Volk ist, gewachsen zu sein. Auch die Frage, ob die Menschen oder die Maschinen wichtiger seien und ob der Hauptwert auf die Erhöhung der Zahl der Kämpfer oder auf die Steigerung der maschinellen Kampfmittel zu legen sei, ist in Frankreich aufgeworfen und dahin beantwortet worden, daß beides zu erstreben sei. Kein Staat, der auf seine Wehrkraft Wert legt, wird in dem Streben nach höchster Leistungsfähigkeit der technischen Kampfmittel zurückbleiben wollen. Immer aber bleibt der Mensch der Hauptträger des Kampfes. Man vergesse nicht das Wort, das Scharnhorst 1806 aussprach: „Wir haben angefangen, die Kunst des Krieges höher als die militärischen Tugenden zu schätzen. Das war der Untergang der Völker zu allen Zeiten." Die seelische Kraft des ganzen Volkes wird im zukünftigen Kriege den Ausschlag geben.

Wenn das der Fall ist, dann entsteht die ernste Frage, ob in einem zukünftigen Kriege der Siegeswille des Volkes wieder der Probe eines so lange andauernden Kampfes wie im Weltkriege ausgesetzt wird. Werden sich die Heere wieder jahrelang in Stellungen von einem Meer bis zum anderen gegenüberliegen, wird der Angreifer nochmals in monatelangen „Materialschlachten" auf den Gegner herumhämmern, um durchzubrechen, oder bringen die neuen Kriegsmittel mit ihrer vernichtenden Wirkung eine schnelle Entscheidung herbei? Prophezeien ist mißlich. Schon einmal hat sich die ganze militärische Welt geirrt, als vor dem Weltkriege nicht nur bei uns, sondern auch in Frankreich, Rußland und England der Glaube herrschte, daß ein langer Krieg, der das ganze verwickelte Räderwerk der Industrie, des Handels und des ganzen wirtschaftlichen Lebens zum Stillstande bringe, nicht wahrscheinlich sei.

Wir wissen aus den Aeußerungen unserer Gegner vom Weltkriege, daß der Angriff der Luftflotten mit Bomben von unerhörter Zerstörungskraft im nächsten Kriege sich gegen das Herz des Gegners, gegen die Nervenzentren nationaler Widerstandskraft, gegen die Großstädte und Industriemittelpunkte richten wird. Die Luftflotte greift mit ihren starken Mitteln über die Schützengräben hinweg weit in das Innere des feindlichen Landes hinein und macht einen langjährigen Stellungskrieg unmöglich. Englands Immunität als Insel ist durch die Luftwaffe wie auch durch die weittragenden Geschütze hinfällig geworden. So dürfte sich das Zukunftsbild etwa ausmalen lassen, wenn es nicht wieder dem menschlichen Geiste gelingt, den furchtbaren Kampfmitteln neue, wirksame Gegenmittel entgegenzustellen.

Auf den ewigen Frieden, auf internationale Verbrüderung zu hoffen, muß unbelehrbaren Schwärmern überlassen bleiben. Kommt es zum Kriege, so ist die sittliche Kraft des Volkes letzten Endes ausschlaggebend. Selbst ein waffenloses Volk ist nicht völlig wehrlos, wenn es starken Geistes ist und entschlossen bleibt, sich nicht unter das Joch des Gegner zu beugen. Das wird, so hoffen wir, das heutige Deutschland beweisen.

Deutscher Reichstag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 18. Juni.

Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet. Die Novelle zum Hypothekenbankgesetz wird ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Zusatzabkommens zum deutsch-schweizerischen Abkommen über schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner.

Der wesentliche Inhalt des Abkommens ist der, daß die Schweizer Hypotheken unter Befreiung des deutschen Schuldners von der persönlichen Haftung als Grundschulden eingetragen werden. Die Verfügung über die Grundschuld hat nicht der Eigentümer, sondern ein von der Reichsregierung zu bestimmender Treuhänder. Der Ausschuß beantragt dazu eine Entschließung. Die Regierung müsse den hier in Frage kommenden Hypothekenschuldnern Steuererleichterungen gewähren, um ihnen die Ansammlung der Mittel zur dereinstigen Abdeckung der Frankengrundschulden zu ermöglichen. Die Vorlage wird mit der Entschließung des Ausschusses angenommen. In der gleich darauf vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt.

Hierauf kommt die Novelle zum Landessteuergesetz zur zweiten Lesung. Der Ausschuß hat den Artikel 5 der Regierungsvorlage gestrichen, wonach die Umsatzsteuer künftig zugunsten der Gemeinden um ½ Prozent, also auf 2½ Prozent erhöht werden sollte. Der Ausschuß beantragt, den Gemeinden 15 Prozent des Aufkommens der Umsatzsteuer zu überweisen. Weiter hat der Ausschuß die vorgeschlagene Schankvergnügensteuer und die Viehhaltungssteuer gestrichen und bei der Getränkesteuer bei Sekt und Trinkbranntwein die Höchststeuergrenze auf 15 Prozent des Kleinhandelspreises bemessen, statt 30 Prozent in der Regierungsvorlage.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes: Nicht die Reichsfinanzverfassung ist schuld an der Finanznot der Länder und Gemeinden, sondern diese Not trifft auch das Reich im gleichen Umfange. Erst wenn Wirtschaft und Finanzen die jetzt fehlende Stetigkeit erreicht haben, ist eine grundlegende Reform der Reichsfinanzverfassung möglich. Der vorliegende Gesetzentwurf lasse die Grundlagen unseres Steuersystems unberührt und beschränke sich auf die Ausstattung der Länder und Gemeinden mit erhöhten Reichssteueranteilen. Noch mehr als die lange Dauer der Ausschußberatungen bedauert die Reichsregierung die vom Ausschuß beschlossenen Aenderungen der Vorlage. Wir hoffen bald zu einem Finanzausgleichsgesetz zu kommen, das eine endgültige und dauerhafte Regelung unserer Steuerverhältnisse bringt.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Nach Durchgehen der Vorlage muß die Notenpresse noch mehr als bisher in Anspruch genommen werden. Was aber soll werden, wenn man in einigen Monaten vielleicht von uns die Stillegung der Notenpresse verlangt?

Abg. Oberfohren (Dtschnat.): Länder und Gemeinden müssen ihre steuerliche Selbständigkeit wieder erhalten. Der vorliegende Entwurf kann uns nicht befriedigen. Er ist schon Torso, weil sich der Finanzminister nicht mit der nötigen Energie für das Kernstück, die Umsatzsteuererhöhung, eingesetzt hat.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes protestiert gegen diesen Vorwurf und gegen die Angriffe auf die Erzbergersche Finanzreform, mit der sich Erzberger ein bleibendes Verdienst (!) erworben habe. Zu Verbesserungen werde er stets bereit sein, niemals aber an den Grundlagen der Erzbergerschen Finanzverwaltung rütteln lassen.

Abg. Scholz (D. Vpt.): Den Gemeinden ist nur die Gewerbesteuer geblieben. Wir müssen zum alten Steuersystem zurückkehren. Dem Reiche müssen die Vermögens- und Besitzsteuern, den Ländern die Einkommensteuer und den Gemeinden die Zuschläge zur Einkommensteuer überlassen werden.

Abg. Beims (Soz.): Sobald der Besitz nicht steuerlich richtig erfaßt ist, wird keine Finanzverwaltung Geld schaffen können. Wir konnten vor dieser kräftigen Erfassung des Besitzes mit einer Erhöhung der Umsatzsteuer nicht einverstanden sein. Der unmöglichen Finanzlage der Gemeinden muß ein Ende gemacht werden. Jetzt können sie die Besoldung ihrer Beamten nur dadurch aufbringen, daß sie die an das Reich abzuführenden Steuern unterschlagen.

Gegen ½8 Uhr wird die Weiterberatung des Landessteuergesetzes abgebrochen und die dritte Lesung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angenommen.

Abg. Mumm (Dtschnat.) fragt, ob die Ausführung des Gesetzes so straff gehandhabt werden soll, daß Zustände wie in Hamburg nicht allgemein einreißen können.

Abg. Wulle (Dtschvölk.) protestiert gegen die Vorlage und dagegen, daß der dem Reichstage nicht angehörige Professor Jadassohn hier eine Rede für das Salbarsan habe halten können.

Reichsinnenminister Oeser: Die Regierung hat den lebhaften Wunsch, daß die Vorschriften des Gesetzes nicht durchlöchert werden. Sie wird im Einvernehmen mit den Landesregierungen den Kampf gegen die Prostitution auf der ganzen Linie aufnehmen.

Abg. Heidemann (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden gegen dies „Schandgesetz" stimmen.

Die ersten Paragraphen werden mit großer Mehrheit angenommen. In § 4 wird nach einem Zentrumsantrag die Regierungsvorlage wiederhergestellt, wonach die Strafverfolgung von Geschlechtskranken nur dann vom Strafantrag abhängig gemacht wird, wenn es sich um Ehegatten oder Verlobte handelt. — Im übrigen wird die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Morgen nachmittag 2 Uhr: Kleinere Vorlagen und Weiterberatung des Landessteuergesetzes.

Schluß 9 Uhr abends.

Preußischer Landtag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 18. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Haushalts. Mit der Beratung verbunden werden Anfragen und Anträge über den Sturz der Mark, die Verelendung des Volkes, die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, Selbstschutzformationen, Notlage der Ruhrarbeiter, sowie über den kommunistischen Aufstand im Industriegebiet.

Abg. Hauschild (Soz.): Die Hetze der Deutschnationalen gegen den Innenminister Severing hat den rechten Flügel der Koalition, die Deutsche Volkspartei mit Antipathie gegen Severing erfüllt. Dieser Versuch, in die große Koalition eine Bresche zu schlagen, wird keinen Erfolg haben. Schlageter wird als Nationalheld gefeiert. Meine Partei hat gegen seine Hinrichtung protestiert. Sie war heller Wahnsinn, diktiert vom Völkerhaß. Die Angelegenheit Schlageter wird aber parteipolitisch ausgenutzt. Der passive Widerstand hat die Bewunderung der ganzen Welt herausgefordert. Vor einer aktiven Abwehr kann nicht genug gewarnt werden.

Abg. Becker (Dn.): Die jüngste Teuerung ist nicht durch die Preissteigerung der agrarischen Produkte verursacht, sondern durch das Steigen des Dollarkurses. Die Preise für Lebensmittel sind dagegen ganz außerordentlich zurückgeblieben. Die Preise für Kohlen sind ganz unverhältnismäßig höher gestiegen als für Fleisch, Kartoffeln, Milch und Brot. Wo gegen den Wucher vorgegangen werden kann, soll gegen ihn mit der denkbar größten Schärfe eingeschritten werden. Bisher hat jede Verfolgung versagt, weil man die Berufsvertretungen nicht gehört hat. Die Bevölkerung im Ruhrgebiet hat den passiven Widerstand von Anfang an so aufgefaßt, daß alles geschehen müsse — außer dem Gebrauch von Waffengewalt —, was geeignet ist, den Franzosen und Belgiern die Abfuhr der Kohlen unbedingt zu erschweren. Der Franzose verschärft seinen Terror. Diesen verschärften Druck muß verschärfte Abwehr, nicht Abbau der Abwehr entgegengestellt werden.

Abg. Dr. v. Campe (D. Vpt.): In einer Zeit tiefster vaterländischer Not und politischer Hochspannung ist innere Geschlossenheit nötig. Das schlicht Kritik nicht aus. Sie darf auch sachlich scharf sein, aber dabei nicht feindselig. Die Rede des Abgeordneten Becker über den passiven Widerstand könnte draußen zu neuen Unbesonnenheiten führen. Schlageter starb für Deutschlands Größe den Märtyrertod. Er ist und bleibt ein Nationalheld. Der Kampf der Deutschnationalen gegen uns und unsern Führer Stresemann ist bedauerlich und politisch unklug. Er stört den nationalen Aufbau.

Abg. Schreiber (Dem.): Die politische und kulturelle Freiheit des Rheinlandes kann niemals in Frage gestellt werden. Der passive Widerstand ist das einzige Mittel, um Deutschland gegen den brutalen Militarismus der Franzosen zu verteidigen. Ihn zu ermutigen, ist für jeden Deutschen Pflicht. (Sehr richtig!) Der Minister kann für die Zustände im Ruhrrevier, in dem die Franzosen die Polizei entfernt haben, nicht verantwortlich gemacht werden. Er ist nicht frei in seinen Entschließungen. (Sehr richtig!) Ich habe namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir nicht nur die infame Hetze gegen Minister Severing aufs schärfste mißbilligen, sondern daß wir auch zu seinem ernsten Willen, Ruhe und Ordnung im Staat aufrechtzuerhalten und jeder Störung der Ordnung, von welcher Seite sie auch komme, mit allen Mitteln entgegenzutreten, Vertrauen haben.

Abg. Schult-Neukölln (Kom.): Die Regierung hat sich bisher nur durch die Uebernahme der nationalistischen Führer im Lande hervorgetan. Die Wirtschaftsdiktatoren Stinnes und Konsorten haben ihr Programm für die nächsten Monate ihren jungen Männern Cuno und Genossen überreicht. Dies Angebot ist eine freche Provokation der Arbeiterschaft. Den Kampf gegen die Reaktion hat Herr Severing sehr schwächlich und lahm geführt. Die französische Justiz hat sich kaum so brutal benommen wie die deutsche. (Pfuirufe rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Beratung auf Dienstag 12 Uhr. Schluß ½6 Uhr.

29]

Zum Paradies

Roman von A. v. Klinckowstroem.

„Daß mich fort, Papa! Ich kann solche Auftritte nicht ertragen. Sie bringen mich um. Wer weiß, was und wer noch alles kommt. Ich möchte am liebsten aus dem Haus."

„Ja, du, das ist leicht gesagt, aber wo willst du hin?"

„Geh mit mir auf Reisen."

„Fällt mir nicht ein; abgesehen davon, daß ich gar nicht die Zeit dazu habe."

„Dann will ich für ein paar Tage — eine Woche oder zwei zu Frau Dedekind übersiedeln. Der bin ich immer willkommen, und das Haus wenigstens betritt niemand von den Weltys."

„Das tu du nur."

Er hütete sich, ihr zu sagen, daß sie damit seinen Wünschen zuvorkam. Man telephonierte nach Preilsdorf, erhielt die Antwort, daß Tina mit Entzücken aufgenommen werde, und eine Stunde später fuhr sie in blinder Hast davon, fast ohne Abschied zu nehmen.

Rieden beschäftigte sich ausschließlich mit der Einrichtung seiner neuen Häuslichkeit, ließ Möbel und Kisten, die beim Spediteur gestanden hatten, hinüberschaffen und unter seiner Aufsicht auspacken. Kam er dann abends in die Villa Harms zurück, so sah er elend und abgespannt aus und sprach kaum ein Wort.

„Du überanstrengst dich," sagte Marie ängstlich. „Warum willst du durchaus nicht, daß ich dir helfe? Ich habe es doch früher in England getan, wenn wir mal umzogen."

Nein, er wollte es eben nicht, wollte allein bleiben, wenigstens so gut wie allein, denn von den Handwerkern gab niemand acht auf ihn oder nahm Notiz davon, wenn er ganz müde und geistesabwesend auf irgendeiner Kiste hockte und vielleicht eine halbe Stunde hindurch regungslos vor sich hinstarrte. Das durfte er in der Villa Harms nicht. Da war immer jemand, der ihn beobachtete. Und dann nahm Tina, die Abwesende, in den Gesprächen zwischen Marie und Eva einen viel breiteren Raum ein, als schon während ihrer Anwesenheit. Bald hatte sie ein Zettelchen geschrieben, bald nach einem vergessenen Toilettegegenstand geschickt. All das wurde in seiner Gegenwart besprochen, und Marie fügte einmal lächelnd hinzu: „Ein Gruß für dich ist nie dabei. Sie scheint deine Existenz vergessen zu haben."

Der Justizrat war der einzige, der den Namen seiner Jüngsten nie vor Rieden aussprach. Das fiel diesem plötzlich einmal auf, und von da an kam es ihm vor, als liege Absicht darin; es schien ihm auch, als beobachtete ihn sein Schwiegervater heimlich. Warum tat er das? Rieden empfand nun das Bedürfnis, sich Zwang anzuerlegen, in Gegenwart des alten Harms ein heiteres aufgeräumtes Wesen zur Schau zu tragen. Wenn er in der neuen Wohnung beschäftigt war, geschah es auch, daß der Alte hier und da unvermutet vorsprach, um sich von den Fortschritten der Handwerker zu überzeugen, wie er sagte; Rieden jedoch hatte das bestimmte Gefühl, jener komme nur, um sich zu überzeugen, daß sein Schwiegersohn auch wirklich dort sei. Das war schon eine direkt belästigende Spionage.

Inzwischen kehrte Frau Harms zurück. Sie hatte Zeit genug gehabt, sich in die Tatsache von Tinas Entlobung hineinzufinden, und nahm sie nicht allzu schwer. War es nicht Welty, so war es eben ein anderer. Sie brauchte nicht zu fürchten, daß ihre Tochter, die Besitzerin einer halben und spätere Erbin zweier ganzer Millionen, unverheiratet bleiben könne. Natürlich fuhr sie gleich zu den Dedekinds hinaus, in der Absicht, Tina wieder mit heimzunehmen. Die Dedekinds wollten sich jedoch von ihrem Pflegekind nicht trennen, und Tina fühlte sich da draußen wohl und wünschte selbst, vor der Hand dort zu bleiben. Nun, das paßte der Justizrätin auch ganz gut. Die Familie Rieden machte genug Unruhe im Hause. Sie sah mit Sehnsucht deren Auszug entgegen. Uebrigens war es ihr gar nicht in den Sinn gekommen, Tina eingehender ins Gebet zu nehmen. Diese Unterlassung entsprang zum Teil großer Indolenz, zum Teil auch dem Wunsch, sich nicht mit etwaigen unliebsamen Eröffnungen behelligen zu lassen.

„Morgen kann der Auszug der Völker vor sich gehen," sagte Rieden scherzend eines Tages, wie der September seine Mitte überschritt.

Eigentlich hätte sie schon heute nichts gehindert, von der neuen Wohnung Besitz zu ergreifen, denn alles war bis aufs letzte Tüpfelchen fertig, aber es schien mit einmal, als müsse er sich noch einen Tag völligen Alleinseins gönnen, und so hat er, als sei da noch dies und jenes zu ordnen, und ging wie gewöhnlich zur Stadt, schloß sich in seiner Etage ein, welche die Handwerker nun verlassen hatten, und wanderte mit verträumten Augen hin und her durch alle Räume. Zuweilen rückte er an irgendeinem Gegenstand, hing Bilder von einer Wand auf die andere, um vor sich selbst einen Vorwand für seine Anwesenheit zu finden, die im Grunde nicht vonnöten gewesen wäre. Auf Maries Schreibtisch lag bereits die Mappe, standen Bronzegarnitur und Photographierähmchen.

Er nahm eines der letzteren in die Hand und betrachtete lange das etwas verblaßte Bildchen darin, das Kindergesicht unter zerwuschelten dunklem Haar. Ein gerührtes Lächeln glitt um seine Lippen. Die kleine Tina! So hatte sie vor neun Jahren ausgesehen. Es war wohl die einzige Photographie, die Marie von ihrer Stiefschwester besaß. Rieden erinnerte sich nicht, daß ein späteres Bild zu ihnen nach England gekommen war. Und unter seinem langanhaltenden Blick wandelten sich die Züge des Kindergesichts in die des jungen Mädchens. Er atmete tief auf. Eine bange Sehnsucht stieg in ihm empor, die sich direkt zu der Zwangsvorstellung steigerte, daß er Tina wiedersehen müsse, nicht unter den Augen der anderen, nur einmal noch allein —, heute noch —, jetzt gleich. So frei und unbeobachtet würde er lange nicht mehr sein. Wenn er nur dies einzige Mal seinem Wunsch Genüge tat, sollte es auch hinterher damit sein Bewenden haben. Morgen war er wieder ganz der Familienvater, der die Seinen unter dem eigenen Dach um sich versammelt hatte und sich seiner Pflichten bewußt blieb.

Er sah nach der Uhr. Es war die Zeit, in der die meisten Menschen des Harmsschen Verkehrskreises sich zum Diner niederzusetzen pflegten, für englische Verhältnisse zu früh, für deutsche zu spät. Von der Unsitte, die Hauptmahlzeit des Tages um fünf einzunehmen, hatten sich Justizrats freigehalten, sie hielten vielmehr an der alten, gut bürgerlichen Einteilung fest: um ein Uhr wurde zu Mittag gegessen, um acht zu Abend. Rieden behielt somit reichlich Zeit, mit dem Tram nach Neumühlen zu fahren, und riskierte obendrein, nicht allzuviel Leuten zu begegnen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306191-18/fragment/page=0002

Der Kampf um die Wohnungsbauabgabe

Sitzung der Stadtverordneten — Ein Kubikmeter Wasser 600 Mark

Die Verbindungstür

Halle, 19. Juni.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung stand wieder einmal unter einem bösen Stern, wenn man so sagen will, ohne groß zu werden, denn das dort Gebotene ging wirklich über die Hutschnur. Die von der Stadt vorgeschlagene Wohnungsbauabgabe entfesselte eine Debatte, die die Kommunisten vom Hundertsten ins Tausendste führte, sogar die Kartoffeln auf dem Wochenmarkt mußten herhalten, um nur die kostbare Zeit recht „nutzbringend" anzuwenden. Als nun gar Herr Kürbs auf den Plan kam, ging ein recht lieblicher persönlicher Zank von der Bühne, aber all das war noch gar nichts gegen das dicke Ende, nämlich: zwischen Volksbad und Luftbad besteht eine Tür, die man — mag sein, aus welchen Gründen es wolle — zunagelte und die wieder geöffnet werden soll. Und wieder trat Herr Kürbs auf den Plan, ein Wort gab das andere und so zog sich die Debatte um ein Nichts ins Endlose und, wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie heute noch, heißt es im Märchen, hier kann man sagen, so reden sie heute noch.

*

Stadtverordneten-Vorsteher Keil (Dem.) eröffnet die Sitzung mit einem Ausblick auf den Arbeitsplan der Stadtverordnetenversammlung, der für die nächste Zeit, da die Etatsberatungen erfolgen müssen, sehr reichlich ausgestattet ist.

Eingegangen ist eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins, die sich gegen den Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe ausspricht.

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung betrifft Wahlen zu den Steuerausschüssen und zum Gewerbesteuerausschuß, die nach dem Antrag der Berichterstatter ihre Erledigung finden.

Der neue Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe

Der Magistrat beantragt, für die Zeit vom 1. April 1923 bis 31. März 1924 zu erheben:

a) einen gemeindlichen Zuschlag in Höhe der 7fachen staatlichen Wohnungsbauabgabe gemäß Reichsgesetz vom 27. März 1923 in Verbindung mit der Preußischen Ausführungsverordnung vom 4. Mai 1923 zur Förderung des Wohnungsbaues;

b) einen gemeindlichen Zuschlag in der gleichen Höhe wie die staatliche Wohnungsbauabgabe zur Speisung des Ausgleichsfonds für große Instandsetzungsarbeiten gemäß § 7 Reichsmietengesetzes;

c) einen Sonderzuschlag in Höhe der 4fachen staatlichen Wohnungsbauabgabe auf die Räume, die nicht Wohnzwecken dienen, zum Zwecke der Einrichtung von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden.

Zur Begründung des Antrages war den Stadtverordneten seitens des Magistrats eine ausführliche Denkschrift, die auch Bezug auf die Bautätigkeit in anderen deutschen Städten über 100 000 Einwohner während der letzten Jahre nimmt, zugegangen und worin es zu Anfang heißt: „Unser gesamtes Wohnungswesen ist notleidender denn je. Auf der einen Seite wächst unaufhaltsam die Zahl der Wohnungsuchenden, und Wohnungsnot und Wohnungselend mit ihren schweren hygienischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Schäden greifen immer weiter um sich, auf der anderen Seite aber versiegt die Wohnungsproduktion. Die Zahl der baupolizeilich gesperrten und verwahrlosten Häuser nimmt in besorgniserregender Weise zu, und der Erfassung des vorhandenen Wohnraums werden immer engere Grenzen gezogen. Die Dinge stehen ernst, aber nicht hoffnungslos. Baumaterialien und Arbeitskräfte, die in früheren Jahren häufig knapp waren, sind vorhanden, um den Baumarkt zu beleben. Ja, das Baugewerbe und alle von ihm abhängigen Gewerbezweige warten sogar auf Arbeit, und die Zahl der Erwerbslosen würde ganz zweifellos wesentlich herabsinken, wenn es gelingen würde, die Bautätigkeit wieder kräftig in Gang zu bringen. Mangel besteht allein an den zum Wohnungsbau benötigten hohen Kapitalien, um helfend und lindernd eingreifen zu können."

Der Berichterstatter, Stadtv. Dürrfeld (Soz.), empfiehlt namens des Haushaltsausschusses Annahme der Vorlage.

Stadtv. Minner (Dem.): Ich kann mich nicht für die Vorlage erwärmen, weil namentlich für die Jugendlichen Wohnungen geschaffen werden sollen, die von der Wohnungsbauabgabe befreit sind.

Stadtv. Balke (Dem.): Die Vorlage ist so ausgezeichnet begründet, daß sich klar erweist, daß wir die Wohnungsbauabgabe gebrauchen. Weshalb stellt man die Leute mit großem Einkommen, die Inhaber großer Geschäftshäuser usw. nicht außerhalb des Mieterschutzgesetzes? Der jetzige Zustand unterbindet die Entwickelung der Städte. Wir müssen mit der Zeit dahin kommen, daß die Mieten in alten und neuen Häusern einander angepaßt werden, damit allmählich die freie Wirtschaft im Wohnungswesen wieder eintritt.

Stadtv. Günther (Kom.) spricht sich gegen die Vorlage aus und greift Stadtv. Dürrfeld (Soz.) an, weil er im Haushaltsausschuß erklärt haben soll, daß die erhöhte Wohnungsbauabgabe von den Arbeitern getragen werden könne. Wohnungen sollten durch die Gemeinden in eigener Regie hergestellt werden.

Stadtrat May: Es ist tief bedauerlich, daß vom Stadtv. Günther, ebenso aber auch durch die Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins jetzt die Art an die Zwangswirtschaftung im Wohnungswesen gelegt werden soll. Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß durch die Wohnungsbauabgabe bisher nichts geschaffen worden wäre und die Gelder nicht der Bauabgabe zuflössen. Jeder Pfennig wird bisher restlos zugeführt und zum Wohnungsbau verwandt. Die Jugendlichen jetzt schon zur Wohnungsbauabgabe heranzuziehen, ist nicht angängig; darüber befindet sich ein Gesetz in Vorbereitung. Das Jugendproblem mit dem Wohnungsproblem zu verbinden, ist nicht richtig. Der Provinziallrat befaßt sich mit einer Vorlage, wonach die Industrie schärfer als bisher zur Wohnungsbauabgabe herangezogen werden soll. Die Wohnungsbauabgabe ist tragbar, wenn man sich darüber klar ist, worum es sich handelt. Die Erhöhung auf 12 000 Prozent ist nicht hoch, wenn man die Erhöhungen dagegen hält, die wir auf anderen Gebieten jetzt täglich schlucken müssen. Es ist schlechterdings dem Magistrat unmöglich, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen aufrecht zu erhalten, wenn die Bauabgabe nicht erhöht wird.

Stadtv. Klüß (Unabh.) erklärt sich als Anhänger einer Wohnungsbauabgabe, will die Aufbringung weiterer Mittel hierfür aber nicht der Allgemeinheit, sondern den starken Schultern auferlegt wissen.

Stadtv. Volhardt (Dem.) verweist auf die Börtebestimmungen in der Wohnungsbauabgabe und bittet, auch kinderreiche Familien in sie einzubeziehen.

Stadtrat May entgegnet dem Vorredner, hierbei darauf hinweisend, daß im Halleschen Bauprogramm noch ½ Milliarde zu geben sei. Am vom Reiche einen Zuschuß zum Bauen zu erhalten, sei eine schleunige Annahme der Vorlage notwendig.

Nach persönlichen Bemerkungen der Stadtvv. Müller (Soz.), Balke (Dem.) und Kürbs (Unabh.) gelangt ein von kommunistischer Seite gestellter Antrag auf eine zweite Lesung der Vorlage zur Annahme, da mehr als ⅔ der Anwesenden dafür stimmt. Die Vorlage selbst wird angenommen.

Der Erhöhung des Ausgleichszuschlages für Theaterangestellte, die städtischen Beamten und Angestellten, die Lehrpersonen an den höheren und Fachschulen sowie die städtischen Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen gemäß der für die Reichs- und Staatsbeamten vorgesehenen Sätze wird zugestimmt.

Der Zinsfuß für ausgeliehenes Pfandkapital soll wie folgt erhöht werden: a) von 5 Pfennig auf 10 Pfennig für jeden Monat und jede Mark von Darlehnsbeträgen bis zu 30 Mark, b) von 4 Pfennig auf 9 Pfennig für jeden Monat und jede den Betrag von 30 Mark übersteigende Mark. Absatz a) wird auf Antrag des Stadtv. Groß (Kom.) gestrichen.

Erhöhung des Wasserpreises und der Straßenbahntarife

Infolge der weiteren Entwertung der Mark und in ihrer Folge haben die Kohlenpreise, die Gehälter, Löhne und sonstigen Aufwendungen so bedeutende Steigerungen erfahren, daß eine Erhöhung des Wasserpreises nicht länger mehr hinausgeschoben werden kann. Der Magistrat stellt deshalb den Antrag, den Wasserpreis auf 600 Mark pro Kubikmeter festzusetzen. Die Versammlung stimmt dem zu.

Stadtv. Ilgenstein (Kom.) stellt den Antrag, den Wasserpreis nach der Größe der Wohnungen zu erheben, der jedoch abgelehnt wird.

Ueber die Erhöhung des Straßenbahntarifs berichtet Stadtv. Pusse (Dn.), der die Vorlage, die in ihren Einzelheiten unseren Lesern bereits bekannt ist, im Namen des Haushaltsausschusses zur Annahme empfiehlt. Redner weist darauf hin, daß die Kriegsbeschädigten von den Abendzuschlägen freibleiben.

Stadtv. Gerig (Soz.) erhebt Protest dagegen, daß die Erhöhung des Straßenbahntarifs beschlossen wurde, ohne die Stadtverordnetenversammlung vorher darüber zu befragen.

Stadt-Vorsteher Keil (Dem): Die Vorlage ist erst nach dem 12. Juni eingegangen.

Stadtv. Minner (Dem.) stellt einen Antrag, den Abendzuschlag von 100 auf 50 Prozent zu ermäßigen und den Abendverkehr während des Sommers erst von 9 Uhr ab einzuschränken.

Stadtv. Günther (Kom.) bringt einen Mißtrauensantrag gegen die Straßenbahndeputation bezw. dessen Dezernenten ein, weil sie die Vorlage vor Eintritt der erhöhten Fahrpreise nicht an die Stadtverordnetenversammlung hat gelangen lassen.

Stadtrat Balke: Groß wäre der Schaden für die Stadt, wenn anders verfahren worden wäre, als von der Straßenbahndeputation beschlossen wurde. Durch diesen Beschluß sind der Stadt über 100 Millionen Mark erspart worden.

Der Antrag Minner wird angenommen, der Antrag Günther abgelehnt. Gegen die Vorlage selbst wurde kein Widerspruch erhoben.

Um den Baustellenverkauf Ecke Kuhnt- und Humboldtstraße entspinnt sich eine kleine Debatte. Schließlich wurde dem Verkauf zugestimmt.

Ferner wurde beschlossen, die für die Entwässerungsanlage in den Siedlungsstraßen südlich der Artilleriekaserne gegenüber dem Kostenanschlag entstandenen Mehrausgaben von 300 000 M. und von den für die Kabelverlegung in der Artilleriestraße entstandenen Mehrausgaben in Höhe von 21 016 317 Mark und 5 254 000 M. unter Ueberschreitung der aus der Anleihe 1920 zur Verfügung gestellten Mittel zu Ausgabe zu bewilligen.

Der Jahresrechnung der Betticke-Lehmann-Stiftung für das Rechnungsjahr 1920, sowie der Jahresrechnung der Kleiderkasse der Magistrats-Unterbeamten für 1920 und der Jahresrechnung der Stiftungen für Schulzwecke für 1920 wurde Entlastung erteilt. Eine Eingabe des Vereins „Gesundheitspflege" wegen Oeffnung der Verbindungstür zwischen dem Luft- und Sonnenbad und der Volksbadeanstalt entfesselte eine langanhaltende Debatte.

Aus Mitteldeutschland

Eingemeindungen wider Willen

Der anhaltische Landtag hat eine Vorlage der anhaltischen Staatsregierung angenommen, durch welche die Nachbargemeinden der Stadt Dessau, die Orte Siebigk, Alten, Törten, Kleinu. Großkühnau, in den Stadtbezirk Dessau eingemeindet werden. Die Eingemeindung geschieht gegen den Willen der in Frage kommenden Gemeinden. Diese haben sich sämtlich und nachdrücklich gegen die Eingemeindung ausgesprochen, bis auf Großkühnau, dessen Eingemeindung erst nachträglich beantragt wurde, das also über eine etwaige Eingemeindung überhaupt noch nicht befragt worden ist. Ob sich diese Gemeinde diesen — gewissermaßen — Terrorakt ohne weiteres wird gefallen lassen, muß abgewartet werden; denn das Gesetz bestimmt, daß eine Eingemeindung durch Staatsgesetz nur erfolgen soll, wenn eine anderweitige Einigung zwischen den betreffenden Gemeinden nicht hat herbeigeführt werden können. Der Grund für die Eingemeindung und die Schaffung von Groß-Dessau dürfte darin zu suchen sein, daß die Stadt Dessau einen maßgebenden Einfluß auf die ausgedehnte, in den genannten Orten unmittelbar vor den Toren der Stadt liegende Industrie gewinnen und so eine wirtschaftliche Einheit schaffen will. Dessau wird durch die Eingemeindung, die schon mit Wirkung vom 15. Juni gelten soll, räumlich eine gewaltige Vergrößerung erfahren. Die Gesamteinwohnerzahl Dessaus dürfte sich durch die Eingemeindung um etwa 12 000 auf rund 75 000 vermehren.

Bezirksbergbaufachabteilung

Das Arbeitsamt Eisleben schreibt uns:

„Auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922, § 32, Absatz 1, Satz 2, wurde im Einvernehmen mit den wirtschaftlichen Interessen-Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Arbeitsamte eine Bezirksbergbaufachabteilung angegliedert.

Ihr fällt als Aufgabe die Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten und der bezirkliche Ausgleich freiwerdender Arbeitskräfte für den Braunkohlen-, Kali- und Erzbergbau, wie deren Nebenbetriebe im Stadtkreis Eisleben, dem Mansfelder See- und Gebirgskreis, den Kreisen Sangerhausen, Eckartsberga, Querfurt, Nordhausen und Worbis zu. Gleiche Bezirksbergbaufachabteilungen sind bei den Arbeitsämtern in Magdeburg, Halle und Zeitz für größere Bezirke errichtet worden, so daß eine Arbeitsvermittlung und ein Ausgleich für den gesamten mitteldeutschen Bergbau erreicht wird. Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen die Dienste der Bezirksbergbaufachabteilung in gleichem Maße unentgeltlich zur Verfügung. Die Arbeitgeber werden gebeten, gemäß der in den Verhandlungen beim Reichsministerium freiwillig übernommenen Verpflichtung jede offene Stelle unverzüglich zu melden; die Arbeitnehmer werden gebeten, bei der Suche nach Arbeitsgelegenheit nur Stellen anzunehmen, welche ihnen von der Bezirksbergbaufachgruppe des Arbeitsamtes nachgewiesen sind. Nur auf diese Weise ist es möglich, eine im Interesse der Allgemeinheit liegende segensreiche Vermittlungstätigkeit zu entfalten."

Bitterfeld, 18. Juni. (Der „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten) hatte am Freitag, den 15. Juni, abends eine Anzahl hiesiger Frontkameraden zum Kyffhäuserfest eingeladen, um auch hier in Bitterfeld eine Ortsgruppe zu gründen. Zahlreich war man der Einladung gefolgt. Die Gruppen Brehna, Delitzsch und Dessau waren ebenfalls erschienen. Nach einem sehr anregenden Vortrag des Kameraden Schäfer aus Weißenfels über Zweck und Ziel des „Stahlhelm" beschloß die Versammlung einstimmig die Gründung der Gruppe. Sämtliche Erschienenen meldeten sich zum Beitritt an. Jedem waren die Worte des Kameraden Schäfer zu Herzen gegangen: Frontsoldat gewesen sein, heißt auch jetzt den Willen und den Mut zu finden, trotz aller Anfeindungen zu überwinden und zu kämpfen, zu kämpfen für die heiligen Güter und die Ehre unseres „deutschen" Vaterlandes. Weg mit Klassenhaß und Parteigeist. Wir müssen und wir werden eine Front schaffen von altem Frontgeist, festgegründet auf Vertrauen und Liebe zum deutschen Volke im Glauben an die guten Kräfte in ihm.

Bitterfeld, 18. Juni. (Neuer Braunkohlenschacht.) Die Grepptner Werke haben bei Werblin im Kreise Bitterfeld mit dem Bau eines neuen Braunkohlenschachtes begonnen, nachdem die Tiefbohrungen in etwa 35 Meter Tiefe starke Braunkohlenlager ergeben haben.

Neuhaldensleben, 18. Juni. (15 Millionen Strafe für Steuerhinterziehung.) Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Der Kaufmann Wilhelm Walleier zu Neuhaldensleben ist vom Finanzamt Neuhaldensleben wegen Hinterziehung von Umsatz- und Einkommensteuer, begangen in den Jahren 1920 bis 1922, mit 15 Millionen Mark bestraft worden. Dieser Fall von Steuerhinterziehung steht nicht vereinzelt da. So sind in den letzten Tagen noch acht Personen, Angehörige aller Berufe, mit Geldstrafen von zusammen 3 Millionen belegt worden.

h. Helbra, 18. Juni. (4 Opfer durch eine Obstvergiftung.) Während der Bergmann Otto Trisek und seine Ehefrau von der Wohnung abwesend waren, aßen die Kinder von den zum Schmoren eingekauften unreifen Stachelbeeren. Hinterher kranken sie Wasser und erkrankten schwer. Als die Eltern heimkehrten, klagten die Kinder über Leibschmerzen. Der herbeigeholte Arzt kam zu spät. Zwei Mädchen im Alter von 9 und 5 Jahren starben, die beiden anderen, 13- und 3jährig, liegen hoffnungslos darnieder.

Osterwieck, 18. Juni. (Soziales Hilfswerk.) Die neue Teuerungswelle hat auch in unserer Stadt die Not vermehrt. In dieser Erkenntnis hat sich auch unsere Stadtverwaltung entschlossen, abermals die Opferfreudigkeit der Einwohnerschaft anzurufen. Und mit gutem Erfolg. Sind doch bis jetzt bereits 4 022 000 Mark gezeichnet worden.

Ilsenburg, 18. Juni. (Die Stahlhelm-Fahnenweihe in Ilsenburg) vereinigte annähernd 7000 ehemalige Frontsoldaten. Ueber 80 auswärtige Vereine mit 11 Fahnen defilierten an der Veteranengruppe von 70/71 des Landwehrvereins Ilsenburg vorbei. Die Magdeburger Abteilung in Stärke von 100 Mann stand unter dem Kommando des Hauptmann a. D. Lebemann. Ilsenburg selbst trug reichen schwarz-weiß-roten Fahnenschmuck.

Naumburg a. S., 18. Juni. (Auch ein Wettkampf.) Im Warteſaal 2. Klasse in Naumburg a. S. spielte sich eine nachstehende kleine Episode ab. Ein Herr mit vielem Gepäck, der notgedrungen für einige Augenblicke den Warteſaal verlassen mußte, heftete an seinen Pelzmantel einen Zettel mit folgender Aufschrift: „Bin Ringkämpfer, Sieger von 18 Preisringen, stemme mit einer Hand 270 Pfund. Warne jeden, sich an meinem Mantel zu vergreifen. Komme gleich zurück!" Als er zurück kam, fand er die Stelle, an welcher sein kostbarer Mantel gehangen hatte, leer, dafür einen Zettel mit der Aufschrift: Bin Schnellläufer, Sieger in 18 Preisläufen, Rekordleistung 12 Kilometer in der Stunde — und komme nie mehr zurück —!

TU. Weimar, 18. Juni. (Der Reichspräsident kommt nach Weimar.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird Reichspräsident Ebert, einer Einladung des Vorstandes des Schillerbundes folgend, am Dienstag in Weimar anwesend sein, um der Jugendvorstellung im Deutschen Nationaltheater beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit beabsichtigt der Herr Reichspräsident der Thüringischen Landesregierung einen Besuch abzustatten und danach diejenigen Herren zu empfangen, die in Thüringen im politischen und wirtschaftlichen Leben an führender Stelle stehen. Der Empfang findet Dienstag nachmittag 5 Uhr im Staatsbankgebäude statt. Dazu sind auch die Vorsitzenden der Fraktionen des Landtages oder deren Stellvertreter geladen.

Frankenhausen, 18. Juni. (Konflikt zwischen Schülern und Direktion im Kyffhäuser-Technikum.) Die Direktion des Kyffhäuser-Technikums verlangt für das Semester eine Nachzahlung von 60 000 Mark. Der von den Schülern gewählte Finanzausschuß fordert auf Grund der Unterlagen in einem Rundschreiben alle Eltern und Vormünder der Studierenden auf, die Forderung des Professors Huppert nicht zu bewilligen, da bei einer Einnahme von 82 Millionen Mark, wovon 37 Millionen in Devisen von den vielen Ausländern gezahlt wurden, nachweisbar ein bedeutender Ueberschuß erzielt wird. Für Lehrergehälter werden nur 15 Millionen Mark aufgebraucht. Die Direktion droht, bei Nichtzahlung des Zuschusses das Technikum Ende Juni zu schließen. Das Polytechnische Institut, wie die Anschrift am Gebäude lautet, ist im Privatbesitz des Direktors Huppert, wird vom Staate beaufsichtigt und gegenwärtig von sehr vielen Ausländern besucht.

Ziegenrück, 18. Juni. (Folgendes ergötzliche Geschichtchen) wird hier viel belacht. Einem hiesigen Arbeiter, der glücklicher Besitzer eines Wohnhauses ist und außerdem ein paar Morgen Feld und Wiese sein eigen nennt, war Gras gestohlen worden. Der dadurch an seinem Eigentum Geschädigte, mit Rufnamen Hermann, glaubte bestimmt annehmen zu müssen, daß die Diebe unter seinen Arbeitskollegen zu suchen seien. Um nun seinen Mitarbeitern den Begriff von „Mein" und „Dein" klar zu machen, brachte er an der Stelle, an der das Gras entwendet worden war, eine Tafel an und schrieb darauf: „Schämt euch, ihr Spitzbuben, unrem Mitarbeiter das Gras zu mausen." Am anderen Tage war unter der Schrift zu lesen: „Hermann, deine Alte maust für zwei." Bald darauf verschwand die inhaltvolle Tafel.

Großensee bei Gerstungen, 18. Juni. (Die feindlichen Dorfnachbarn.) Am Sonntag entwickelte sich hier, wie die „Eis. Tagesp." meldet, gelegentlich des hier abgehaltenen Radsoherfestes eine wüste Schlägerei. In den Spätnachmittagsstunden gerieten sich Burschen und Männer von Großen- und Kleinensee in die Haare, und bald war das Chaos da. Mit Stuhlbeinen und Knütteln bewaffnet, gingen die Gegner aufeinander los. Wie die Wahnsinnigen gebärdeten sich dabei einige der Radaubrüder. Fenster und Türen wurden eingeschlagen, sogar Kinderwagen demoliert, nachdem die Kinder auf die Straße geworfen worden waren. Eine ganze Anzahl mehr oder weniger schwer Verletzter blieb auf dem Schlachtfelde, so daß mehrere Aerzte alle Hände voll zu tun hatten. Der Gastwirt ist derart zugerichtet worden, daß noch heute an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Zwei der Haupttäter aus Dankmarshausen sind verhaftet worden. Es hatte den Anschein, als sei die Schlägerei beabsichtigt und wohl vorbereitet gewesen. Zwischen den beiden erstgenannten Orten bestand schon seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis.

Naht- und nagellose Besohlungen,
Aufklärungsschrift gratis.
Hartmann & Hansen, Halle, Talamtstr. 8.

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindemann; für Volkswirtschaft: Hermann Hoyer; für Lokales, Kunst und Unterhaltung i. V. Ernst Meisterschmidt; für Mitteldeutschland und Sport: Ernst Meisterschmidt. — Für den Anzeigenteil: Paul Kermes, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306191-18/fragment/page=0003

Wirtschafts- und Börsenteil der „H. Z.“

5 Uhr-Devisenkurse

Berlin, 18. Juni.

Amsterdam 62 800, Italien 7375, London 740 000, **Newyork 160 500**, Paris 10 200, Schweiz 29 000, Prag 4800. Tendenz: sehr nervös und steigend Geldkurse.

Vorläufig keine Diskonterhöhung der Reichsbank

d. Seit einigen Tagen zirkulieren an der Börse Gerüchte, wonach mit einer unmittelbar bevorstehenden Diskonterhöhung der Reichsbank zu rechnen sein soll. Man sprach von Diskontsätzen, die zwischen 30 und 50 Prozent liegen. Aus Kreisen des Reichsbankdirektoriums hören wir, daß bisher in dieser Richtung noch keine Beschlüsse gefaßt worden sind. Eine Erhöhung kommt erst für den Monatsschluß in Frage. Eine Zentralausschußsitzung ist bisher noch nicht anberaumt. Auch hinsichtlich des Ausmaßes der eventuellen Erhöhung läßt sich augenblicklich nur soviel sagen, daß die vorgenannten hohen Sätze wohl kaum in Frage kommen.

Das Mindestkapital bei Gesellschaftsunternehmungen

Mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung ist eine Heraufsetzung des Mindestkapitals der Gesellschaften m. b. H. sowie der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien erforderlich geworden. Durch das Gesetz vom 24. Dezember 1922 ist das Mindeststammkapital einer Gesellschaft m. b. H., das früher 20 000 Mark betrug, auf 500 000 Mark heraufgesetzt worden; gleichzeitig ist für die Stammeinlage jedes Gesellschafters ein Mindestbetrag von 10 000 Mark und für die Einzahlung auf die Stammeinlage ein solcher von 5000 Mark bestimmt worden. Durch Gesetz vom 12. Mai 1923 ist für das Grundkapital von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien ein Mindestbetrag von 5 Millionen Mark vorgeschrieben. Jedes der beiden Gesetze enthält eine Uebergangsvorschrift, wonach auf die Errichtung einer vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Eintragung in das Handelsregister angemeldeten Gesellschaft die bisherigen Vorschriften Anwendung finden, sofern vor diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen erfüllt sind, an deren Nachweis die bisherigen Vorschriften die Eintragung knüpfen.

In der Praxis sind nun, wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, Zweifel darüber entstanden, ob diesen Gesetzen rückwirkende Kraft in dem Sinne beizulegen ist, daß die neuen Vorschriften auf schon bestehende Gesellschaften Anwendung finden; insbesondere ist streitig geworden, ob eine vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 24. Dezember 1922 errichtete Gesellschaft m.b.H. bei der Erhöhung ihres Stammkapitals die neuen Grenzen einhalten muß. Die Frage ist zu verneinen. Die Gesellschaft ist weder genötigt, zur Kapitalerhöhung zu schreiten, um den neuen Vorschriften Genüge zu tun, noch braucht sie, falls sie eine Kapitalerhöhung freiwillig vornimmt, dabei die neuen Grenzen zu erreichen.

Rheinisch-westfälischer Kuxenmarkt

Die Effektenhausse machte auch in der letzten Woche große Fortschritte und führte auf allen Marktgebieten zu neuen gewaltigen Kurssteigerungen. Sehr fest lagen von Kohlenkuxen besonders die schweren Werte infolge der bekannten Transaktion Deutsche Erdöl, Graf Bismarck. Lebhaft gefragt und stark steigend waren ferner u. a. noch die linksrheinischen Werte und Langenbrahm und Trier.

Von Braunkohlenwerten standen Gute Hoffnung, Leonhardt und Michel in reger Nachfrage. Von Erzkuxe wurden zu höheren Preisen Freier Grunder, Henriette, Sachtleben, Wilhelmine und Wolfram gehandelt. In Kaliwerten verlief das Geschäft dagegen ruhiger. Am Kaliaktienmarkt wurden Kali-Industrie- und Wittekind-Aktien lebhaft umgesetzt. Das Geschäft in unnotierten Aktien nahm zeitweise einen großen Umfang an. (Bankhaus F. E. Schüler, Düsseldorf.)

Gewerkschaft Braunschweig-Lüneburg in Grasleben (Kreis Helmstadt). Im Geschäftsbericht heißt es: „Während das Jahr 1921 unter einem die Ausnutzung der Absatz- und Lieferungsmöglichkeiten behindernden Wagenmangel litt, entwickelte sich das Geschäftsjahr 1922 erfreulicherweise in entgegengesetzter Richtung. Es war der Eisenbahn nicht nur möglich, unseren laufenden Bedarf an Laderaum voll zu decken, sie hatte vielmehr auch Vorsorge getroffen, unseren Sonderanforderungen gerecht zu werden. In der Hauptsache waren auch im Berichtsjahre unsere Betriebe auf die Lieferung von Nebenprodukten, insbesondere Steinsalz, eingestellt. Es gelang uns nicht nur unsere eigenen Beteiligungen und die eines anderen Werkes zu erfüllen, sondern auch noch Mengen darüber hinaus abzusetzen. Unsere Beteiligung am Kaliabsatze lieferten wir zum Teil selbst, der Rest wurde von unseren Konzernwerken übernommen.“ Die Beteiligungen am Kaliabsatze betrugen Ende des Jahres bei Bergwerk Grasleben (89% der Durchschnittsbeteiligung aller Werke) 4,5487 pro Tausend, bei Bergwerk Heidwinkel (78 Proz. der Durchschnittsbeteiligung aller Werke) 3,9865, insgesamt 8,5352 pro Tausend. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Bruttoüberschuß von 59 830 460 Mark, wozu für Pachten 2118 M. kommen, so daß sich der Gesamtüberschuß auf 59 832 578 M. beläuft. Hiergegen sind zu verrechnen: für Generalunkosten 19 709 381 M., für Steuern 5 053 703 M., für Abschreibungen 15 608 212 M., für Verlustvortrag aus dem Jahre 1921 2 982 616 M., so daß ein Reingewinn von 16 478 666 M. verbleibt. Hiervon gelangen zur Ausschüttung als Ausbeute 15 000 000 M. Es beträgt somit der auf neue Rechnung vorzutragende Gewinn 1 478 666 M.

* **Neue Schachtbohrungen im Bornislauer Revier.** Kürzlich wurden in Tustanowice neue Petroleumschächte gebohrt, wobei es sich ergab, daß die dortigen Erdöllager noch keineswegs erschöpft sind. Der Schacht „Tadeusz“, Eigentum der Galizia-A.-G., erlangte durch die Neubohrungen eine Quelle in der Tiefe von 1223 Meter mit einer Tagesproduktion von 4 Zisternen. Der Schacht Kujawy, Eigentum der Firma Naftowy Przemysl Malopolski, erbohrte eine Quelle in der Tiefe von 1258 Meter mit einer Tagesproduktion von 1.5 Zisternen und die Petroleumgesellschaft Premier bei Anstich eines neuen Stollens eine Erdgasquelle, die in der Minute 15 Kubikmeter liefert. Infolge dieser günstigen Ergebnisse der Neubohrungen werden die in Tustanowice eingestellten Schächte wieder in Betrieb genommen werden.

* **Nächste Dampferabfahrten der Hugo-Stinnes-Linien.** Südamerika. Pernambuco, Rio de Janeiro, Santos, Montevideo, Buenos Aires: D. „Ludendorff“ am 22. Juni. — Pernambuco, Rio de Janeiro, Montevideo, Buenos Aires: D. „Oliva“ am 10. Juli. — Pernambuco, Santos, Montevideo, Buenos Aires: D. „Artus“ am 17. August. — Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro, Santos, Montevideo, Buenos Aires: D. „General San Martin“ am 30. August. — Cuba-Meriko. Habana, Vera Cruz, Tampico: D. „Otto Hugo Stinnes“ am 14. Juli. D. „Hilde Hugo Stinnes“ am 15. August. D. „Ernst Hugo Stinnes“ am 14. September. — Ostasien. Singapore, Hongkong, Shanghai, Kobe, Yokohama: D. „Albert Vögler“ am 23. Juni. D. „Carl Legien“ am 18. Juli. D. „Adolf von Baeyer“ am 25. August. D. „Emil Kirdorf“ am 25. September.

w. **Zum Newyorker Bankkrach.** Mit Rücksicht auf die Zahlungseinstellung der Firma Knauth, Nachod u. Kühne in Newyork weist die Firma Knauth, Nachod u. Kühne in Leipzig darauf hin, daß diese beiden Firmen seit Februar 1917 vollständig von einander getrennt worden sind und daß weder ein Teilhaber der Leipziger Firma in Newyork, noch ein Teilhaber der Newyorker Firma in Leipzig irgendwie beteiligt ist. Eine Haftung der Leipziger Firma kommt deshalb für die Verbindlichkeiten dr Newyorker Firma in keiner Weise in Betracht. Die Firma Knauth, Nachod u. Kühne in Leipzig sieht sich infolge telegraphischer Order des gerichtlichen Verwalters der Newyorker Firma leider verhindert, noch Zahlungen für Rechnung diese Hauses zu leisten. Jedoch wird hierdurch die glatte Erledigung der eigenen Verpflichtungen nicht berührt.

Vieh.

Leipzig, 18. Juni. Auftrieb: 193 Rinder (16 Ochsen, 57 Bullen, 33 Kalben, 87 Kühe), 212 Kälber, 334 Schafe, 551 Schweine, zusammen 1290. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht (in 1000 Mark) Ochsen 1. 73—75, 2. 68—72, 3. 60—71, Bullen: 1. 73—75, 2. 68—72, 3. 60—67, 50—59, Kühe: 1. (Kalben) 1. 73—75, 2. 73—75, 3. 65—72, 4. 52—64, 5. 38—51. Kälber: 1. —, 2. 73—75, 3. 62—72, 4. 50—61. Schafe: 68—70, 2. 51—67, 3. 37—50, Schweine: 1. 85—87, 2. 88—90, 3. 80—84, 4. 70—79, 5. 70—79. Geschäftsgang: Rinder mittelmäßig, Kälber gut, Schafe mittel, Schweine sehr gut.

Wertpapiere.

Berlin, 18. Juni. Im freien Verkehr war großes Geschäft, so in Kaliaktien, Api, Lindcar. An Kursen wurden hier genannt: Adler Kohle 350 000, A.-G. für Petroleum-Industrie 195 000, Becker Stahl 200 000, Benz-Motoren 205 000, Brown Bov. Mannh. 50 000 G., Chem. Hahn 35 000, Christ und Unmack 130 000, Dt. Erdöl 810 000, Deutsch. Evaporator 65 000, Deutsch. Petrol. 375 000, Fraureuth. Porz. 212 000, Frister u. Roßm. 950 000, Glückauf 150 000, Grade Auto 30 000, Grade Motoren 65 000, Gummi W. Elbe 200 000, Hansa Lloyd 48 000, Ipu 1 160 000, Kabel Rheydt 200 000, Köln-Lindenthal 90 000, Lichtenberger Wolle 82 000, Mech. Treibriemen 18 000, Meyer Textil 11 500, Muldental 15 000, Nationalfilm 13 000, Nordd. Union 36 000, Olea 170 000, Schebera 125 000, Julius Sichel 105 000, Oskar Skaller 42 000, Steatit Magnesia 105 000, Stock u. Kopp 72 000, Stoewer Mot. 78 000, Terra-Film 20 000, Tiag 20 000, Ufa 90 000, Ver. chem. Zeitz 360 000, Westf. Bergbau 100 000, Halle Kali 300 000, Hannover Kali 300 000, Heldburg Kali Vorz. 670 000, Krügershall 192 000, Diamont Shares 625 000, Naoko 14 000, Pomona 100 000, Salitrera 7 500 000, Slomann 230 000, Südsee 330 000. Argentinische Rentenbons 14 500 000, Shade 14 500 000, do. spanische 34 500 000, 192er Russ. 9500, Russbk. 36 000.

Dollarschatzanweisungen. Kasse 151 000. Ult. Juni 151 500. Ult. Juli 168 500.

Leipzig, 18. Juni. Infolge der erneut scharfen Markentwertung gab es einen gewaltigen Andrang von Effektenaufträgen. Die Kurse gingen bei enormen Umsätzen sprunghaft in die Höhe unter besonderer Begünstigung mittlerer und kleinerer Werte, wobei seitens des Publikums wahllos nach jeglicher Art von Effekten gegriffen wurde. Textilwerte: Stöhr um 153 und variabel um weitere 15 gesteigert, Adca 9 höher. Einheitsmarkt: Maschinenwerte stark erhöht, Knoch-Nähmaschinen plus 30, Elitewerke plus 12. Textilwerte: Wernshausen plus 20, Tränkner u. Würker plus 65, Tittel u. Krüger plus 35, Glauziger Zucker plus 15. Najork plus 12. Verschiedene Gesellschaften: Karl Kästner plus 22, Färberei Glauchau plus 14. Kohlenwerte sehr fest. Bankwerte stark bevorzugt, Berliner Handel plus 100, Leipziger Immobilien plus 15 und Dresdener und Deutsche Bank plus 17. Anlagemarkt: Fest Valutapapiere, Reichsanleihe und Consols scharf erhöht. Inoffizieller Effektenverkehr: Scharf haussierend. Am variablen Markt waren Mansfelder 40 höher. Schiffahrtswerte: Stark gesteigert Hapag plus 30, variabel weiter 30, Nordd. Lloyd plus 40. Eisenhandel plus 30, Schuber u. Salzer plus 25, Rauchwalter plus 15, Polyphon plus 14, Sachsenwerk plus 15, Saccharin plus 13, Piano Zimmermann plus 9.

Frankfurt, 18. Juni. Sehr fest. Bevorzugt Zolltürken 380 000, 2. Bagdadanleihe 480 000. Sehr gesucht Anatolier, Saloniki-Monastir. In den nicht amtlich notierten Werten lebhafte Umsätze. Emelka 30—34 000, Ufa gefragt zu 95 000, Benz-Motoren 210 000, Hansa Lloyd 95 000, Stahlwerk Becker 200 000, Becker Kohle 195 000, Api-Aktien 210 000, Deutsche Petroleum 400—410 000. Wronker 20 000, Daimler Motoren und Gebr. Junghans höher. A. E. G. lebhaft und höher. Chemische Aktien lebhaft gefragt. Höchster Farbwerke 210 000. Lebhafte Nachfrage für Frankfurter Bank und Barmer Bankverein, 3proz. Deutsche Reichsanleihe 25 000, Ungarische Kronenrente 18 500. Devisenmarkt weiter sehr lebhaft bei durchweg nach oben gerichteten Kursen. London anfangs 560 000, später 565 000, Newyork 143 000, Holland 52 000, Schweiz 25 000, Paris 8300—8400.

Hamburg, 18. Juni. Aktion der französischen Regierung gegen die Mark bewirkte ständig fortschreitende Höherbewertung der Devisenkurse. Bei ruhigem Geschäft: Gulden 57 000, London 675 000, Newyork 144 000. An den Effektenmärkten überaus starke Nachfrage nach sämtlichen Werten. Banken ruhig und fest. Am Schiffahrtsmarkt Hausse-Stimmung. Packet gewannen 75 000, Lloyd 40 000, Hamburg-Süd 100 000, Austral. 100 000, Roland 55 000, Elbe 50 000, Werft- und Fischereiaktien blieben vernachlässigt. Von heimischen Industriewerten Calmon 20 000.

Leipziger Notierungen

Leipzig, 19. Juni.

Elitewerke	50	42000,	Leipz. Baumw.	100	110000,
Zimmermann,Halle	35	35000,	Leipz. Kammg.	100	51000,
Germania	50	40000,	Leipz. Spitze	50	40000,
Hartmann	50	124000,	Leipz. Trikot.	30	45000,
Pittler	50	—,—	Leipz. Wollkäm.	80	—,—
Penig	25	30000,	G. Lindner, Ammend.	500	87000,
Presto	50	90000,	Meerane Kammg.	150	72000,
Schönherr	35	95000,	Mittw. Bw.-Sp.	40	86000,
Schubert & Salzer	30	245000,	Mittw. Bw.-Web.	45	59000,
Sondermann & Stier	30	35000,	Nordd. Wolle	100	390000,
Wotan	50	140000,	Harthau	30	—,—
Zahnr. Köllmann	200	100000,	Stöhr	200	745000,
Zimmerm., Chemn.	20	54000,	Text Claviez	100	26000,
Cassel Jute	25	150000,	Thür. Wollgarn	150	74000,
Chemn. Spinn.	150	180000,	Tittel & Krüger	150	150000,
Dürfeld	60	50000,	Tränkn. & Würk.	40	65000,
Falkenst. Gard.	50	60000,	Wernshausen	100	94000,
Gera Jute B.	506	130000,	Zittauer M.-Web.	30	50000,
Kammg. Gautzsch	100	50000,	Krietsch, Wurzen	—	39900,
Köbke	40	140000,	Färberei Glauchau	100	48000,

Allg. Dtsch. Credit	15	40000,	Faradit	100	170000,
Chemn. Bankv.	15	—,	Hupfeld	40	88000,
Leipz. Hyp.-Bank	8	6500,	Ldkr. Kulkwitz	15	55500,
Sächs. Bank	7	42000,	Sachsenwerk	50	100000,
Mansfeld A.-G.	—	290000,	Lpz. Piano-Zim.	40	79000,
Oelsnitz	—	160000,	Rauchw. Walther	400	110000,
Malzf. Schkeuditz	30	—,—	Hugo Schneider	30	360000,
Glauziger Zucker	50	390000,	Thür. Gasges.	50	58000,
Halle Zucker	40	100000,	Prehlitzer St.-A.	1200	1500000,
Körbisd. Zucker	15	—,—	Prehlitzer Lit. B.	6000	—,—
Rositzer Zucker	40	170000,	Prehlitzer Lit. C.	4000	5250000,
Kröllw. Papier	40	100000,	Halle, Pfännersch.	70	310000,

Ottensener Eisen 30 000, Breitenburger Zement 30 000, Thörl 58 000, Wandsbeker Leder 40 000, Stern Sonneborn 25 000 Proz. höher bei allgemein sehr lebhaftem Geschäft. Kolonial- und Plantagenwerte fest, besonders Südsee-Papiere setzten Hausse fort.

Kuxenmarkt

	Nachfrage	Angebot		Nachfrage	Angebot
Kohlen-Werte			Krügershall	130 000	175000%
Adler-Aktien	—	— %	„ junge	—	—
Blankenburg Akt.	60 000	65 000%	Ronnenberg	—	—
Caroline	25 000 000	27 000 000	Salzdetfurth	475 000	— %
Constantin d. Gr.	450000000	650000000	Wittekind	90 000	150000%
Graf Bismarck	600000000	—	**Erz- und verschiedene Werte**		
Graf Schwerin	95 000 000	—			
König Ludwig	500000000	600000000	Christine	—	—
Lothringen Akt.	1 600 000	2000000%	Elsa Cement Act.	175 000	— %
Westf. Bergb. u. Kohlenverw.-A	90 000	102 000%	Flick	2 000 000	2 500 000
WittenerBergb.A.	—	— %	Freier Grunder Bergw. V.	—	—
Braunkohlen-Kuxe u. Aktien			Idunahall	—	—
			Klöserweide	—	—
			Mansf. Kupf.Akt	240 000	275000%
Billerhammer	2 750 000	3 250 000	Sachtleben	—	—
Beuckd.-Nietleb.	80 000 000	—	Wetterau	—	—
Grimmerode	5 000 000	6 250 000	Wolfram	350 000	550 000
Gute Hoffnung	37 000 000	45 000 000	**Aktien ohne Börsennotiz**		
Humboldt	2 500 000	3 500 000			
Leonhardt	80 000 000	—	Allg Hochbau. Düsseldorf	18000	19000%
Michel	80 000 000	—			
Oskarssegen	6 000 000	—	Baumwollspinn. Germania Epe	—	— %
Ostheim	2 000 000	3 000 000			
Vesta	55 000 000	—	Baumwollspinn. Gronau	—	— %
Victoria b. Lobst.	—	—			
Zukunfts-Aktien	475 000	550 000%	Benz	130000	160000%
Kali-Kuxe			Becker Kohle	125000	150000%
Alexandershall	31 000 000	36 000 000	Chem. Fabrik f. Hüttenprodukte D.-Oberkassel	150000	— %
Burbach	165000000	180000000			
Carlsfund	36 000 000	43 000 000			
Friedrichroda	11 000 000	13 000 000	Chem. F.Weitmar	—	— %
Fürstenhall	20 000 000	—	Deutsch-Niederl. Bank	2500	2700%
Glückauf-Sondersh.	160000000	185000000			
Günthershall	22 000 000	25 000 000	Dortmund.Cement	31000	— %
			Duxer Porzellan	—	— %
Hedwigsburg (Rothenburg)	4 000 000	5 500 000	Eschweiler Ratinger Metallw.	60000	75000%
Heiligenmühle	3 200 000	4 000 000			
Heiligenroda	120000000	150000000	Espagitwerke	—	— %
Heldrungen I	4 500 000	5 500 000	Grade Motoren	—	— %
Heldrungen II	4 500 000	5 500 000	Greifw. Mannheim	12000	15000%
Hohenfels	60 000 000	70 000 000	HansaLloydwerk	39000	— %
Hugo	76 000 000	84 000 000	Kabelw. Rheydt	160000	205000%
Ilsenburg	475 000	575 000	Mannesmann Mulag. Aachen	—	— %
Johannashall	—	12 500 000			
Neu-Staßfurt	100000000	—	Oeynhaus. Masch	—	— %
Rastenberg	27 000 000	33 000 000	Pinguin Zigarett. u. Tab.. Düsseld	20000	22500%
Reinhardsbrunn	6 000 000	—			
Sachs.-Weimar	14 000 000	18 000 000	Rauchwaren Akt.-Ges., Leipzig	—	— %
Salzmünde	27 000 000	31 000 000			
Thüringen	6 500 000	7 500 000	Rhein. Westf. Bauind, Düsseldorf	12000	— %
Wintershall	375000000	450000000			
Wintzingerode	—	—	Spinnerei Deutschl.	—	— %
			Stahlwerk Becker	140000	180000%
Kali-Aktien			Stoewer Aut.-W.	—	35000%
Adler Kali St.-A.	290 000	— %	Ufa-Film	—	— %
„ junge	—	—	Ver. Faßfabr. Kassel	—	— %
Friedrichshall	410 000	280 000%	Waggonfabrik Uerdingen	125000	—
Großh. v. Sachsen	—	— %			
Hallesche Kaliw.	200 000	225 000%	Wesermühl Hameln	—	—
Hannov. Kali St.	225 000	285 000%	Wittener Walzenmühle Act.		
Heldburg Vorz.	550 000	650 000%		100000	— %

Aus aller Welt

Aetna-Ausbruch

Neapel, 18. Juni.

In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ist nach heftigen Erderschütterungen der Aetna neuerdings ausgebrochen. Auf der einen Seite des Vulkans haben sich fünf Krater gebildet, aus denen sich enorme Lavamassen ergießen. Die umliegenden Pinienwälder und die Wälder um Lingua Glossa sind schon ein Opfer des Zerstörungswerkes geworden. Die Einwohner, von Panik befallen, haben die Flucht ergriffen.

Catania ist durch den neuen Ausbruch mitten in der Nacht alarmiert worden. Die Feuerzungen ergießen sich längs des Bergabhanges, und der Donner erschüttert den Berg mit seinen zerstreuten Gehöften und den Pinienwäldern. Die bereits ausgeschüttete Lavamasse ist größer als die des Jahres 1919. Der Krater hat sich zwischen der Montana Rossa und der Montana Bianca gebildet.

Der Lavastrom hat drei Richtungen eingeschlagen, gegen Lingua Glossa, gegen die Ansiedlungen von Vasto Tessiano und zur Lavaablagerung des Jahres 1911. Der Pinienwald um die Ortschaft Castiglione steht in Flammen. Der Schaden ist ungeheuer groß. **Mensa und Pressa sind vom Lavastrom bedroht.** In allen Dörfern herrscht unbeschreibliche Panik.

Der Lavastrom befindet sich 1 Kilometer entfernt von Lingua Glossa. **Der Auszug der Bevölkerung aus dieser Ortschaft, wo 22 000 Menschen wohnen, hat begonnen.** Man befürchtet, daß unter dem Lavastrom, der Bäume und Häuser verschüttet hat, auch Menschen ums Leben gekommen seien. Die widersprechendsten Gerüchte, die von Mund zu Mund gehen und von mehreren Opfern berichten, steigern immer mehr die Panik unter der fliehenden Bevölkerung.

Dampferzusammenstoß bei der Störmündung

2000 Reisende in Gefahr. — Ein Toter.

Hamburg, 18. Juni.

Der Vergnügungsdampfer „Kaiser“ vom Seebäderdienst der Hamburg-Amerika-Linie, der am Sonnabend abend gegen 10 Uhr von den St. Pauli-Landungsbrücken mit dem Verein der Wassersportfreunde an Bord nach Helgoland abging, ist bei der Störmündung, 30 Seemeilen elbabwärts, dort, wo die Kursänderung eintritt, mit dem vom Tyne aufkommenden und mit Kohlen beladenen englischen Dampfer „Bellbro“ zusammengestoßen. Der Dampfer „Kaiser“ wurde dabei an der Steuerbordseite getroffen und von der Reeling bis zur Wellschiene vollständig durchstoßen. Der Dampfer mußte seine Reise aufgeben und sofort nach Hamburg zurückkehren, wo er mit eigener Kraft gegen 3½ Uhr morgens wieder eintraf.

Leider ist bei dem Zusammenstoß ein Passagier, der aus Rönneburg stammende Kaufmann Kuhlmann, so schwer verletzt worden, daß er kurz nach dem Zusammenstoß starb. Verletzt wurden 4 Personen. Die Verletzten und der Tote wurden in das Hamburger Hafenkrankenhaus gebracht. Der englische Dampfer ist ebenfalls in Hamburg eingetroffen und mußte in Reparatur gegeben werden, weil der Bug des Schiffes eingedrückt ist.

Ueber die Ursache des Dampferunglücks liegt vorläufig noch kein Bericht vor, die Leitung der Hamburg-Amerika-Linie übt bisher große Zurückhaltung. Der Dampfer wird in einigen Tagen bereits wieder fahrbereit sein, da sich herausgestellt hat, daß seine Beschädigungen nicht so schwer sind, wie man zuerst annahm. Schwereren Schaden als „Kaiser“ hat der Engländer genommen. Auf dem „Kaiser“ befanden sich zur Zeit des Unglücks 2000 Reisende, und es ist wie ein Wunder, daß nicht größeres Unheil geschehen oder eine Panik ausgebrochen ist.

Die Langfinger in der Reichsdruckerei

Berlin, 18. Juni.

Der Kriminalpolizei gelang es nunmehr, den 50-Millionendiebstahl aufzuklären, der Anfang Mai in der Reichsdruckerei ausgeführt war. Die Täter, zwei junge Burschen, die als Zähler und Transportarbeiter beschäftigt waren, sind verhaftet. 19 Millionen Bargeld sind gerettet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306191-18/fragment/page=0004